

Lokaler Integrationsplan (LIP 2.0)

Ergebnisbericht zur zweiten Online-Umfrage

1. Einleitung

Bei der Weiterentwicklung des Lokalen Integrationsplans der Landeshauptstadt Hannover (LIP 2.0) werden in regelmäßigen Abständen Online-Umfragen als digitale Tools für eine ergänzende öffentliche Beteiligung eingesetzt. Durch solche Befragungen können sich interessierte Einwohner*innen detailliert über konkrete und im direkten Bezug zum Lokalen Integrationsplan stehende Fragen äußern. Darüber hinaus haben sie die Möglichkeit, Bedarfe in Bezug auf konkrete Handlungsfelder und Maßnahmen im Rahmen des LIP 2.0 zu formulieren. Auf dieser Weise wird sichergestellt, dass die Perspektive einer breiteren Öffentlichkeit ebenso in die Überarbeitung des LIP einfließt wie die Expertise unmittelbar beteiligten verwaltungsinternen und -externen Akteur*innen, die mit der Überarbeitung des Papiers beauftragt wurden.

Zwischen März und Mai 2020 wurde die erste Online-Umfrage durchgeführt mit dem Ziel, ein Meinungsbild aus der Bevölkerung zu den im LIP 2.0 gewählten Begrifflichkeiten und geplanten Handlungsfeldern zu ermitteln.

Ziel der zweiten, wiederum nicht repräsentativen Befragung, deren Ergebnisse hier vorgelegt werden, war es, eine Momentaufnahme öffentlich vertretener Meinungen über mögliche Einflussfaktoren auf und Handlungsempfehlungen für das Zusammenleben in der Einwanderungsstadt sowie Visionen für die Zukunft der Einwanderungsstadt einzufangen.

2. Methodisches Vorgehen

2.1. Zeitraum der Befragung, Sprachversionen und Akquise

Die zweite Umfrage wurde zwischen dem 12. Juni und dem 3. August 2020 auf der Online-Plattform Lime-Survey durchgeführt.

Um die Umfrage möglichst niederschwellig für Neu-Hannoveraner*innen zu gestalten, für die die Kommunikation auf Deutsch eine sprachliche Hürde darstellt, wurde sie in sieben zusätzlichen Sprachversionen angeboten: Englisch, Arabisch, Bulgarisch, Polnisch, Rumänisch, Russisch und Türkisch. Ausschlaggebend bei der Sprachenauswahl waren zum einen die Herkunftssprachen der größten migrantischen Communities in Hannover (Polnisch, Russisch, Türkisch) und zum anderen die Landessprachen jener Staaten, aus denen in den letzten fünf Jahren die größte Zuwanderung nach Hannover stattgefunden hat (Arabisch, Bulgarisch, Rumänisch). Zusätzlich wurde Englisch als eine internationale Verkehrssprache ebenfalls berücksichtigt.

Nach der Online-Schaltung wurde der Link zur Umfrage über die Homepage des Sachgebiets Integration, in den LIP 2.0-Expert*innengruppen, sowie in sozialen Medien (Facebook und Instagram) geteilt und so an die Öffentlichkeit getragen. Weiterhin wurde die Einladung zur Teilnahme in verschiedenen E-Mail-Verteilern des Sachgebiets Integration beworben und erreichte so Migrant*innenselbstorganisationen (MSO), die Mitglieder der Lenkungsgruppe, die Delegiertenkonferenz der Integrationsbeiräte und den Runden Tisch gegen Rassismus.

2.2. Fragebogen

Der Fragebogen für die Umfrage wurde in Zusammenarbeit der Koordinierungsstelle 50.60 (Sachgebiet Integration) und Freiwilligen aus fünf LIP 2.0-Expert*innengruppen entwickelt.

Der Fragebogen umfasst 21 Fragen, unterteilt in fünf Fragenblöcke, die nachfolgend näher beschrieben werden:

- **Fragenblock 1: Aktuelle Lebensbedingungen und gesellschaftliche Entwicklungen in Hannover**
In diesem Fragenblock wurde anhand von drei offenen Fragen mögliche Einflussfaktoren für das Zusammenleben in der Einwanderungsstadt Hannover abgefragt.
- **Fragenblock 2: Gewünschte Themenschwerpunkte im neuen Lokalen Integrationsplan**
In diesem Fragenblock wurden anhand von vier offenen Fragen Handlungsbedarfe und -empfehlungen für das gesellschaftliche Zusammenleben in der Einwanderungsstadt Hannover erhoben. Darüber hinaus konnten die Befragten an dieser Stelle Titelvorschläge für den überarbeiteten LIP machen.
- **Fragenblock 3: Zukunftsvisionen für die Einwanderungsstadt**
In diesem Fragenblock konnten sich die Befragten zu vier offenen Fragen äußern und ihre Visionen sowie Vorschläge für Umsetzungsstrategien festhalten.
- **Fragenblock 4: Fragen zur Person**
In diesem Fragenblock wurden Geschlecht, Alter und mögliche Migrationsbezüge der Teilnehmenden erfragt.
- **Fragenblock 5: Zusätzliche Informationen**
In diesem Fragenblock wurden zwei Fragen nach den Informationsquellen über die Online-Umfrage sowie der eventuellen vorherigen Teilnahme an einer Umfrage zum LIP 2.0 gestellt. Die Ergebnisse aus diesen Fragen werden in die Konzeption zukünftiger Umfragen einfließen.

2.3. Auswertung

Nach Abschluss der Online-Umfrage wurden die Daten exportiert und mit einem Tabellenkalkulationsprogramm ausgewertet. Die Antworten der offenen Fragen aus den Fragenblöcken 1, 2 und 3 wurden inhaltlich geclustert, das heißt ähnliche Aussagen wurden zu einer Kategorie zusammengefasst. Für die demographischen Daten aus Fragenblock 4 wurde eine deskriptive Statistik erstellt. Die zusätzlichen Informationen aus Fragenblock 5 wurden ebenfalls deskriptiv ausgewertet, sind jedoch nicht in diesem Bericht erhalten, da sie wie schon festgestellt, nur zur Optimierung zukünftiger Befragungen genutzt werden.

2.4. Stichprobe

Insgesamt haben 204 Personen an der Befragung teilgenommen. Davon waren 73 Frauen, 54 Männer, fünf Personen wählten die Antwortmöglichkeit „divers“ und 72 machten keine Angaben zum Geschlecht. Die Altersverteilung der Befragten zeigt eine leichte Verschiebung zugunsten von Menschen über 45 Jahre (siehe Tab. 1).

Tabelle 1: Altersverteilung der Stichprobe

Alterskategorie	Anzahl der Befragten	Prozentualer Anteil
unter 18 Jahre	1	1 %
19 bis 27 Jahre	10	5 %
28 bis 45 Jahre	47	23 %
46 bis 65 Jahre	65	32 %
über 65 Jahre	9	4 %
keine Antwort	72	35 %
gesamt	204	100 %

Fast die Hälfte der Befragten (99 Personen) gab an, in Deutschland geboren zu sein. Bei 21 Personen davon kann aufgrund der Aussage, dass mindestens ein Elternteil nicht in Deutschland geboren wurde, von einer familiären Migrationsgeschichte ausgegangen werden. Weitere 25 Personen gaben an, außerhalb von Deutschland geboren zu sein. Einen sogenannten Migrationshintergrund aufgrund von eigener Einwanderung nach Deutschland oder einer familiären Einwanderungsgeschichte von mindestens einem Elternteil weisen somit circa 21 Prozent der Gesamtstichprobe auf. Die Fragen nach einem möglichen Migrationshintergrund wurden von rund 40 Prozent der Befragten nicht beantwortet.

Die Stichprobe der Befragten ist ziemlich homogen hinsichtlich der Aufenthaltsdauer in Hannover. Wie Tabelle 2 verdeutlicht, leben 84 Prozent der Befragten seit über zehn Jahren in Hannover oder wurden hier geboren. Eine separate Betrachtung der Befragten mit eigener Einwanderungserfahrung bestätigt dieses Bild. 17 der 25 Personen mit eigener Einwanderungserfahrung gaben an, seit über zehn Jahren in Hannover zu leben.

Tabelle 2: Wohndauer in Hannover

Wie lange leben Sie in Hannover?	Anzahl der Befragten	Prozentualer Anteil
weniger als 1 Jahr	1	1 %
1 bis 5 Jahre	9	7 %
6 bis 10 Jahre	11	9 %
über 10 Jahre	72	56 %
Ich bin in Hannover geboren.	36	28 %
gesamt	129	100 %

3. Ergebnisse

Nachfolgend werden die Ergebnisse der ersten drei Frageblöcke dargestellt.

3.1. Ergebnisse aus Fragenblock 1: Aktuelle Lebensbedingungen und gesellschaftliche Entwicklungen in Hannover

Nach überwiegender Meinung der Befragten zeichnet sich die Stadt Hannover durch die Diversität ihrer Einwohner*innen sowie die Toleranz und Offenheit der Stadtbevölkerung für Neueingewanderte aus (Abb. 1). Als weitere Merkmale werden die gute wirtschaftliche, soziale und kulturelle Infrastruktur der Stadt und die symbolische Wirkung der Person des neu gewählten Oberbürgermeisters Onay hervorgehoben. Unter der Kategorie „Forderungen und Kritik“ wurden verschiedene Antworten zusammengefasst, die beispielsweise eine Aufwertung von Stadtteilen mit geringem sozio-ökonomischen Status forderten oder die in der

Frage formulierte Annahme, Hannover zeichne sich im Vergleich zu anderen Kommunen besonders aus, insgesamt verneinten.

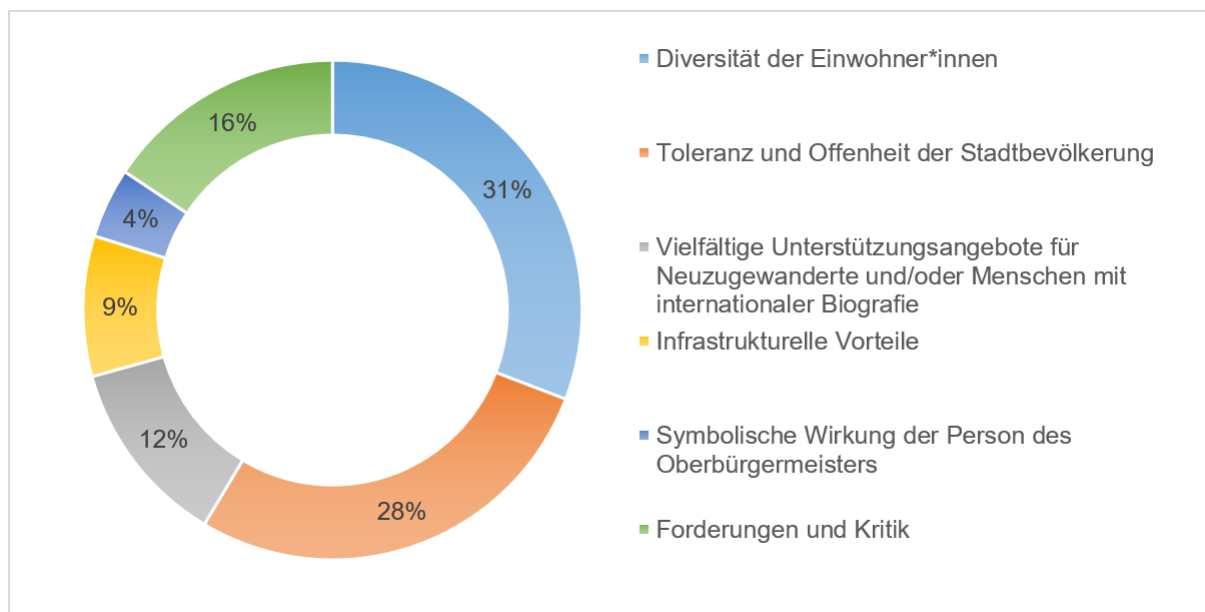


Abbildung 1. Was zeichnet Hannover als Einwanderungsstadt aus? (Anzahl der Nennungen = 198)

Auf die Frage, welche aktuellen Entwicklungen das Zusammenleben in Hannover beeinflussen, wurde die „gesellschaftliche Spaltung“ mit 52 Prozent der Antworten am häufigsten genannt (Abb. 2). Laut der Befragten werde die existierende Kluft zwischen Arm und Reich noch zusätzlich durch die Folgen der COVID-19-Pandemie verstärkt. 23 Prozent der Befragten nannten die weiterhin bestehenden Diskriminierungs- und Rassismuserscheinungen als einen wesentlichen Einflussfaktor für das gesellschaftliche Miteinander. Für 15 Prozent stellen die Folgen der Globalisierung, im Sinne von einer verstärkten Einwanderung und der damit einhergehenden steigenden Diversität der Gesellschaft gekoppelt mit dem hierzulande fortschreitenden demografischen Wandel eine wichtige Herausforderung für die Stadt dar.

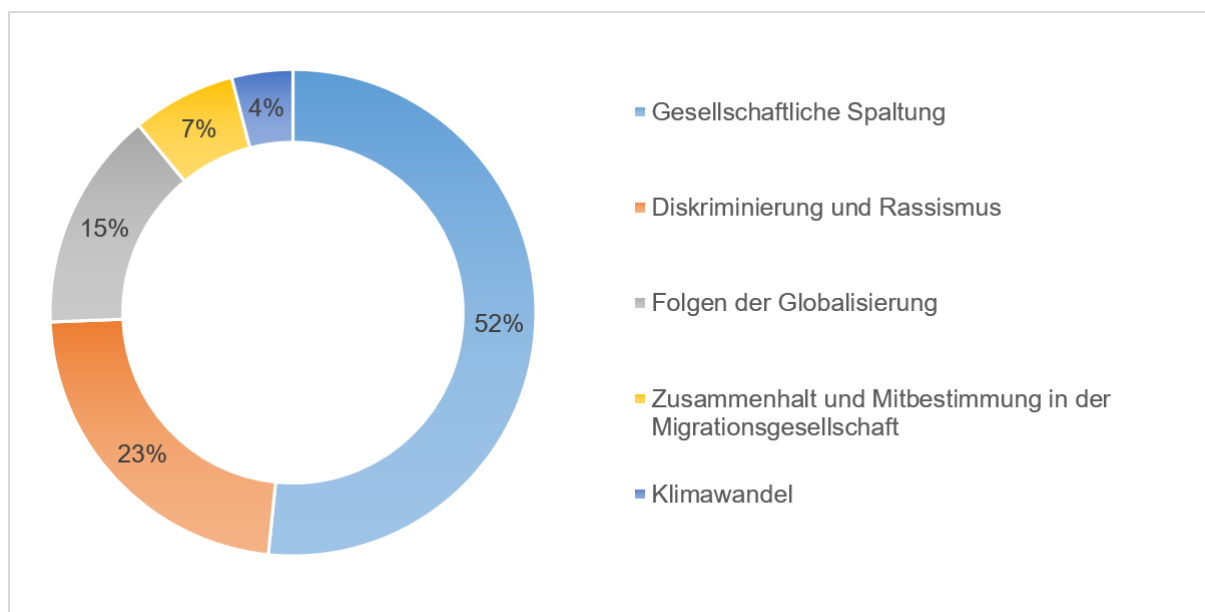


Abbildung 2. Welche aktuellen Entwicklungen beeinflussen unser Zusammenleben in Hannover? (Anzahl der Nennungen = 246)

Infolge der oben genannten Faktoren verstärkte sich die gesellschaftliche Spaltung, meinen 68 Prozent der Befragten (Abb. 3), weil sich die Einwohner*innen mehr voneinander distanzieren und ihre Skepsis sowie Unsicherheit wüchsen. Einer gegenteiligen Meinung wird von 18 Prozent der Befragten vertreten, nämlich dass die Einwohner*innen mit unterschiedlichsten Hintergründen sowie Neueingewanderte sich aufgrund der Entwicklungen häufiger begegneten und in Austausch kämen und dies die Öffnung der Stadtgesellschaft begünstige. Drei Prozent der Befragten sind der Meinung, dass sich aufgrund der aktuellen Entwicklungen neue gesellschaftliche Gruppen, darunter vor allem Jugendliche, politisierten.

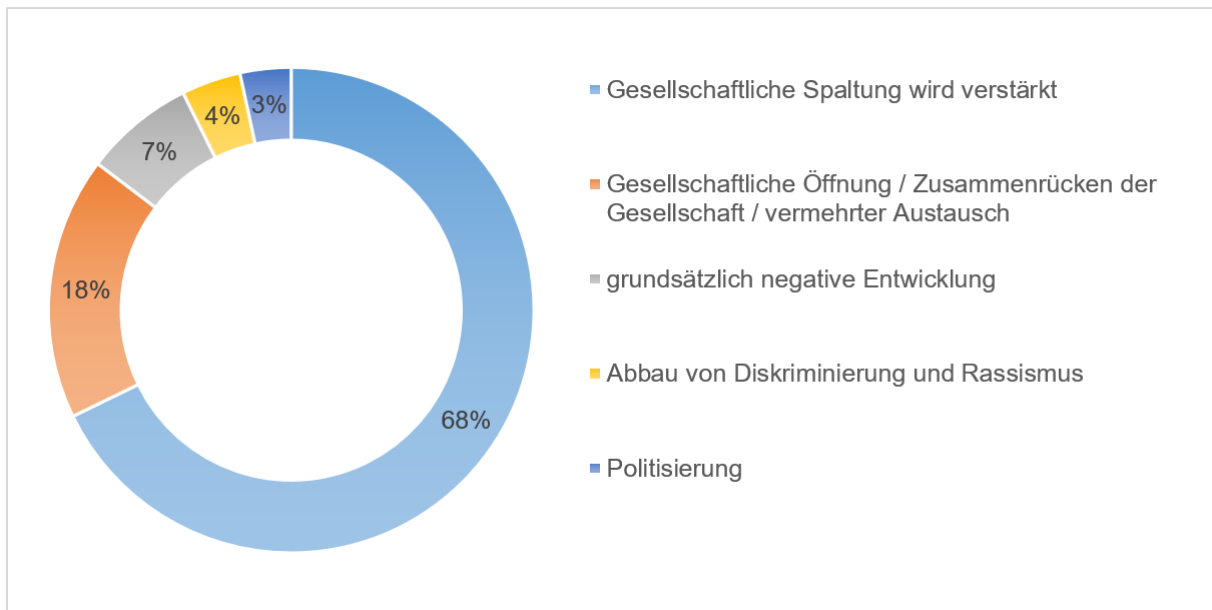


Abbildung 3. Wie verändern diese Entwicklungen unser Zusammenleben?

(Anzahl der Nennungen = 177)

3.2. Ergebnisse aus Fragenblock 2:

Gewünschte Themenschwerpunkte im neuen Lokalen Integrationsplan

In diesem Fragenblock sollten die Befragten konkrete Themen benennen, die im LIP 2.0 zu behandeln wären. Einleitend wurde die Frage gestellt „Welche Aufgaben resultieren aus den im vorherigen Fragenblock genannten Entwicklungen und sollten im LIP 2.0 behandelt werden?“. Hierzu äußerten sich 39 Prozent der Befragten zugunsten einer Förderung des Stadtteillebens sowohl im Sinne der Verbesserung der Infrastruktur in den Stadtteilen als auch im Sinne der Verbesserung der „klassischen Stadtteilarbeit“, die den aktiven Austausch zwischen den Einwohner*innen durch unterschiedliche (kulturelle) Angebote fördert (Abb. 4). Als weitere wichtige Aufgabenfelder, die ihren Platz im LIP 2.0 finden sollten, wurden die Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus, die Gestaltung inklusiver Angebote und Eröffnung von Arbeitsperspektiven für Neueingewanderte sowie die Modernisierung der Verwaltung genannt.

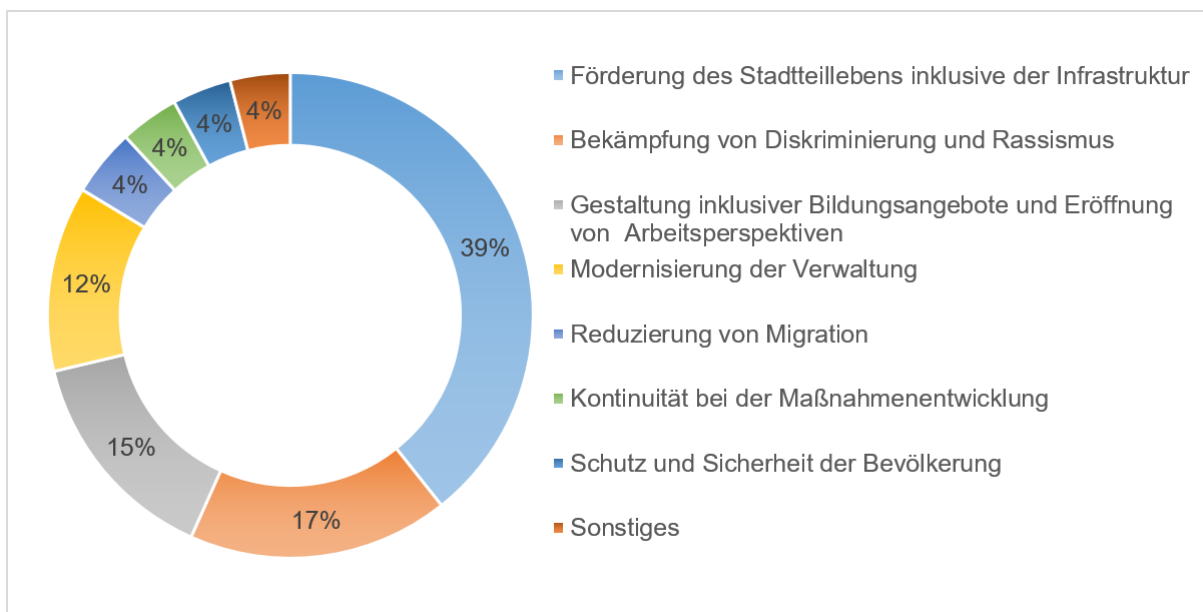


Abbildung 4. Welche Aufgaben resultieren aus den im vorherigen Fragenblock genannten Entwicklungen und sollten im LIP 2.0 behandelt werden? (Anzahl der Nennungen = 178)

Nach der einleitenden Frage konnten die Befragten für jedes der sechs Handlungsfelder im LIP 2.0 konkrete Beispiele für Themen geben, die aus ihrer Sicht unbedingt behandelt werden sollten. Nachfolgend werden die Antworten in Tabellenform präsentiert. Wenn möglich werden zu den Oberkategorien Antwortbeispiele in absteigender Reihenfolge aufgezählt, die die Vielfalt der Themen innerhalb der gewählten Kategorie veranschaulichen.

Im Handlungsfeld „Bildung“ gab mehr als die Hälfte der Befragten an, dass im LIP 2.0 vor allem Maßnahmen im Bereich der Schulbildung entwickelt werden müssen. Wie aus den Beispielen in Tabelle 3 deutlich wird, werden die Förderung des Spracherwerbs der deutschen Sprache in der Schule neben der Entwicklung von Maßnahmen zur Sicherung der Chancengleichheit von Schüler*innen mit internationaler Biografie und der Ausbau von zusätzlichen Unterstützungsangeboten dabei als die zentralen Aufgaben angesehen.

Obwohl die Kategorien 4) „Mehr Kita-Plätze“, 5) „Hochschulen“ und 6) „Ausbildung und Berufsqualifikationen“ jeweils weniger als fünf Nennungen umfassten, wurde hier darauf verzichtet, diese unter „Sonstiges“ zusammenzufassen, da dort lediglich Antworten zusammengefasst wurden, die inhaltlich nicht auf die gestellte Frage eingingen.

Tabelle 3: Beispiele für Aufgaben im Handlungsfeld Bildung (Anzahl der Nennungen = 134)

Nr.	Aufgabenbereiche im Handlungsfeld Bildung*	Anzahl	Anteil in %
1	Schulbildung	86	64 %
	<i>Förderung des Spracherwerbs in Deutsch</i>	16	
	<i>Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche mit internationaler Biografie fördern</i>	14	
	<i>Mehr Unterstützungsangebote / Ausbau Ganztagesangebote</i>	14	
	<i>Fokus auf Schulbildung allgemein</i>	12	
	<i>Förderung der Mehrsprachigkeit in Schulen</i>	6	

Nr.	Aufgabenbereiche im Handlungsfeld Bildung*	Anzahl	Anteil in %
	<i>Verbesserung der Ausstattung und Aufstockung der personellen und finanziellen Ressourcen</i>	5	
2	Informelle Bildung	30	22 %
	<i>Politische Bildung stärken</i>	14	
	<i>Niederschwellige Sprach- und Integrationskurse</i>	9	
3	Digitalisierung	5	4 %
4	Mehr Kita-Plätze	3	2 %
5	Hochschulen	3	2 %
6	Ausbildung und Berufsqualifikationen	2	1 %
7	Sonstiges	5	4 %

* Aufgezählt werden nur Antwortbeispiele mit mehr als fünf Nennungen in absteigender Reihenfolge

Im Handlungsfeld „Wirtschaft“ weisen die Ergebnisse darauf hin, dass vielfach eine Notwendigkeit für die Entwicklung von Maßnahmen zur Qualifizierung, Arbeitsvermittlung und beruflichen Weiterbildung von Neueingewanderten sowie Menschen mit internationaler Biografie gesehen wird (Tab. 4). An zweiter Stelle werden Maßnahmen zur Existenzgründung und Arbeitssicherung vorgeschlagen, die sich vor allem an Neueingewanderte richten sollten.

Tabelle 4: Beispiele für Aufgaben im Handlungsfeld Wirtschaft (Anzahl der Nennungen = 105)

Nr.	Aufgabenbereiche im Handlungsfeld Wirtschaft*	Anzahl	Anteil in %
1	Qualifizierung, Arbeitsvermittlung und berufliche Weiterbildung	41	39 %
	<i>Förderung und stärkere Begleitung von Ausbildung</i>	13	
	<i>Niederschweligen Arbeitseinstieg ermöglichen</i>	12	
	<i>Anerkennung von Qualifikationen und bestehenden Praxiserfahrungen</i>	7	
	<i>Schaffung von Anreizen für Unternehmen, Menschen mit internationaler Biografie auszubilden und einzustellen</i>	5	
2	Existenzgründung und Arbeitssicherung	32	30 %
	<i>Mehr Beratungsangebote für Existenzgründungen insbesondere für die Zielgruppe „Neueingewanderte“</i>	15	
	<i>Faire Entlohnung und Arbeitsbedingungen</i>	6	
	<i>Förderung des sozialen Wohnungsbaus</i>	5	
3	Stärkung lokaler Unternehmen (klein und mittelständisch)	16	15 %

Tabelle wird auf der nächsten Seite fortgesetzt

Fortsetzung der Tabelle von der vorherigen Seite

Nr.	Aufgabenbereiche im Handlungsfeld Wirtschaft*	Anzahl	Anteil in %
4	Abbau von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt	8	8 %
5	Sonstiges	8	8 %

* Aufgezählt werden nur Antwortbeispiele mit mehr als fünf Nennungen in absteigender Reihenfolge

Für das Handlungsfeld „Soziales“ schlugen die Befragten zu gleichen Teilen Maßnahmen für die Förderung des Zusammenlebens im Stadtteil und solche zur Sicherung der Lebensqualität der Einwohner*innen vor (Tab. 5). Darüber hinaus sprachen sich 15 Prozent der Befragten für eine bedarfsorientierte Entwicklung von Maßnahmen für spezifische Zielgruppen aus.

Tabelle 5: Beispiele für Aufgaben im Handlungsfeld Soziales (Anzahl der Nennungen = 102)

Nr.	Aufgabenbereiche im Handlungsfeld Soziales*	Anzahl	Anteil in %
1	Förderung des Zusammenlebens im Stadtteil	30	29 %
2	Sicherung der Lebensqualität	30	29 %
	<i>Sicherung von bezahlbarem Wohnraum</i>	13	
	<i>Unterstützung von Menschen, die von Armut bedroht sind</i>	9	
3	Verbesserung der internen Verwaltungsstrukturen und -prozesse	16	16 %
	<i>Bedarfsgerechte Förderung für alle unabhängig vom Migrationshintergrund</i>	6	
	<i>Ausbau personeller Ressourcen</i>	6	
4	Entwicklung bedarfsorientierter Maßnahmen für spezifische Zielgruppen (Frauen, Mädchen, Jugendliche, Geflüchtete, Familien, Menschen mit Rassismuserfahrungen)	15	15 %
5	Ausbau der Beratungsangebote (quantitativ und qualitativ)	11	11 %

* Aufgezählt werden nur Antwortbeispiele mit mehr als fünf Nennungen in absteigender Reihenfolge

Ein starker Fokus auf die Stadtteilarbeit und konkret auf die Förderung der Stadtteilkultur wird auch im Handlungsfeld „Stadtleben und Kultur“ von ungefähr der Hälfte der Befragten gefordert (Tab. 6). Ihrer Meinung nach sollen Kulturangebote für alle Einwohner*innen zugänglich sein sowie mit ihrer Beteiligung oder ehrenamtliche Unterstützung mitentwickelt und umgesetzt werden.

Tabelle 6: Beispiele für Aufgaben im Handlungsfeld Stadtleben und Kultur (Anzahl der Nennungen = 90)

Nr.	Aufgabenbereiche im Handlungsfeld Stadtleben und Kultur*	Anzahl	Anteil in %
1	Förderung der Stadtteilkultur	49	54 %

Tabelle wird auf der nächsten Seite fortgesetzt

Fortsetzung der Tabelle von der vorherigen Seite

Nr.	Aufgabenbereiche im Handlungsfeld Stadtleben und Kultur*	Anzahl	Anteil in %
	<i>Mehr Veranstaltungen und Möglichkeiten zum interkulturellen Austausch</i>	20	
	<i>Niederschwellige Angebote im Stadtteil</i>	12	
	<i>Mehr Orte und Räumlichkeiten für Kulturschaffende</i>	9	
2	Öffnung der Zugänge zu Kulturangeboten für alle	23	26 %
	<i>Zugänge zu kulturellen Angeboten für sozial benachteiligte und marginalisierte Gruppen ermöglichen</i>	9	
	<i>Förderung von Kulturschaffenden mit internationaler Biografie</i>	8	
	<i>Beteiligung der Einwohner*innen</i>	6	
3	Verbesserung der städtischen Mobilität und Infrastruktur	10	11 %
	<i>Öffentlicher Nahverkehr verbessern / Konzept zur autofreien Stadt umsetzen / Radwegenetz ausbauen</i>	5	
	<i>Infrastruktur verbessern (bzgl. öffentliche Plätze, Sicherheit, Sauberkeit, Sport und Wohnen)</i>	5	
4	Mehr politische und kulturelle Bildung	8	9 %

* Aufgezählt werden nur Antwortbeispiele mit mehr als fünf Nennungen in absteigender Reihenfolge

Im Handlungsfeld „Demokratie“ gehören im Rahmen des LIP 2.0 entsprechend der Vorstellungen der Befragten die Ermöglichung von politischer Teilhabe für alle, eine stärkere Repräsentation von Menschen mit internationaler Biografie in politischen Gremien sowie mehr Aufklärungsarbeit durch Demokratiebildung (Kategorien 1 und 2 in Tab. 7) zu den wichtigsten Aufgaben.

Tabelle 7: Beispiele für Aufgaben im Handlungsfeld Demokratie (Anzahl der Nennungen = 93)

Nr.	Aufgabenbereiche im Handlungsfeld Demokratie*	Anzahl	Anteil in %
1	Ermöglichung der politischen Teilhabe für alle und Stärkung der Repräsentation von Menschen mit internationaler Biografie in politischen Gremien	40	43 %
	<i>Förderung von öffentlichen Debatten / Initiierung von Bürgerforen und Bürgerräten</i>	18	
	<i>Wahlrecht auf alle Menschen in der Stadt ausweiten</i>	13	
	<i>Besetzung politischer Gremien mit Menschen mit internationaler Biografie</i>	9	
2	Aufklärungsarbeit durch Demokratiebildung	31	33 %
	<i>Aufklärungsarbeit und politische Bildung</i>	25	
	<i>Interesse für Beteiligung an politischen Gremien wecken</i>	6	

Nr.	Aufgabenbereiche im Handlungsfeld Demokratie*	Anzahl	Anteil in %
3	Abbau von Diskriminierung, Rassismus und rechter Gewalt	13	14 %
4	Sonstiges	9	10 %

* Aufgezählt werden nur Antwortbeispiele mit mehr als fünf Nennungen in absteigender Reihenfolge

Die Modernisierung der Verwaltung ist für 41 Prozent der Befragten die wichtigste Aufgabe im Handlungsfeld „Stadtverwaltung und interkulturelle Öffnung“ (Tab. 8). Dazu gehören die Erhöhung der Transparenz nach außen über Zuständigkeiten in der Verwaltung, die Beschleunigung von Entscheidungen und die adressatengerechte Kommunikation nach außen sowie die Erhöhung der Kunden- und Serviceorientierung im Allgemeinen. An zweiter Stelle nennen die Befragten die Erhöhung der Repräsentation von Menschen mit internationaler Biografie auch in höheren Führungspositionen als ein weiteres zentrales Aufgabengebiet in diesem Handlungsfeld.

Tabelle 8: Beispiele für Aufgaben im Handlungsfeld Stadtverwaltung und interkulturelle Öffnung
(Anzahl der Nennungen = 80)

Nr.	Aufgabenbereiche im Handlungsfeld Stadtverwaltung und interkulturelle Öffnung*	Anzahl	Anteil in %
1	Modernisierung der Verwaltung	38	41 %
	<i>Transparenz über Ansprechpartner*innen und Zuständigkeiten und kürzere Entscheidungswege</i>	15	
	<i>Kommunikation auf die Bedürfnisse einer vielfältigen Stadtgesellschaft ausrichten, insbesondere durch mehrsprachigen Service und Kommunikation in einfacher Sprache</i>	11	
	<i>Kunden- und Serviceorientierung erhöhen</i>	7	
	<i>Gleichbehandlung aller Einwohner*innen und nicht nur in Bezug auf migrationsbedingte Vielfalt</i>	5	
2	Erhöhung der Repräsentation von Menschen mit internationaler Biografie in der Verwaltung	27	29 %
	<i>Einstellung von mehr Mitarbeiter*innen mit internationaler Biografie</i>	18	
	<i>Beförderung von mehr Mitarbeiter*innen mit internationaler Biografie in höhere Gehaltsstufen und Führungspositionen</i>	7	
3	Regelmäßige verpflichtende Mitarbeiterschulungen zur Erhöhung der interkulturellen Kompetenz und Sensibilisierung für Diskriminierung und Rassismus	15	16 %
4	Sonstiges	13	14 %

* Aufgezählt werden nur Antwortbeispiele mit mehr als fünf Nennungen in absteigender Reihenfolge

Die Befragten hatten die Möglichkeit auch weitere Aspekte zu benennen, die keinem der sechs etablierten Handlungsfelder im LIP zugeordnet werden können. Die Antworten auf diese Frage sind der Tabelle 9 im Anhang zu entnehmen. Der Großteil der vorgeschlagenen

Themen stellt eine Wiederholung der Vorschläge und Ideen für die Handlungsfelder dar oder wurde inzwischen in den Entwurf des LIP-Strategiepapiers¹ aufgenommen. Ein Beispiel ist der Vorschlag, im LIP-Strategiepapier einen Fokus auf den interreligiösen Dialog zu legen, dies wird im aktuellen Entwurf realisiert. Weitere Themenfelder wie Umwelt, Mobilität und Digitalisierung (Tab. 9 im Anhang) wurden im Strategiepapier bisher nicht berücksichtigt, da ihre Relevanz für die Migrationspolitik in Hannover noch nicht eindeutig hervorgetreten ist.

In diesem Fragenblock konnten die Befragten ebenfalls Vorschläge für den neuen Titel des Lokalen Integrationsplans machen. Die Liste dieser Vorschläge ist so umfangreich und bunt, dass sie sich nicht zusammenfassen ließ. Am ehesten könnte man einen starken Hannover-Bezug und eine Betonung auf Vielfalt erkennen, wie beispielsweise aus den Vorschlägen „Wir in Hannover“, „Gesellschaftsplan Zusammenleben“ und „Lokaler Vielfaltsplan“ deutlich wird. Vier der Titelvorschläge wurden in die redaktionelle Arbeit aufgenommen und sind in die Vorschläge eingeflossen, die später im Internationalen Ausschuss zur Diskussion gestellt wurden.

3.3. Ergebnisse aus Fragenblock 3: Zukunftsvisionen für die Einwanderungsstadt

Auf die Frage „Wie stellen Sie sich Hannover in Zukunft vor?“ gaben 30 Prozent der Befragten an, sie hätten gerne mehr Begegnungsorte, wo ein aktiver nachbarschaftlicher Austausch stattfinden kann sowie eine bessere städtische Infrastruktur. Die bedeutet mehr verkehrsberuhigte und sauberere Straßen, mehr Radwege, Grünflächen und Spielplätze (Abb. 5). Außerdem sollte, so die Befragten, die Diversität der Gesellschaft eine Selbstverständlichkeit sein, die sich in allen Institutionen auf allen Hierarchieebenen wiederfinden lässt. Darüber hinaus wünschen sich 25 Prozent der Befragten für die Zukunft, dass sich verschiedene gesellschaftliche Milieus stärker durchmischen und keine Segregation nach Herkunftsgruppen stattfindet.

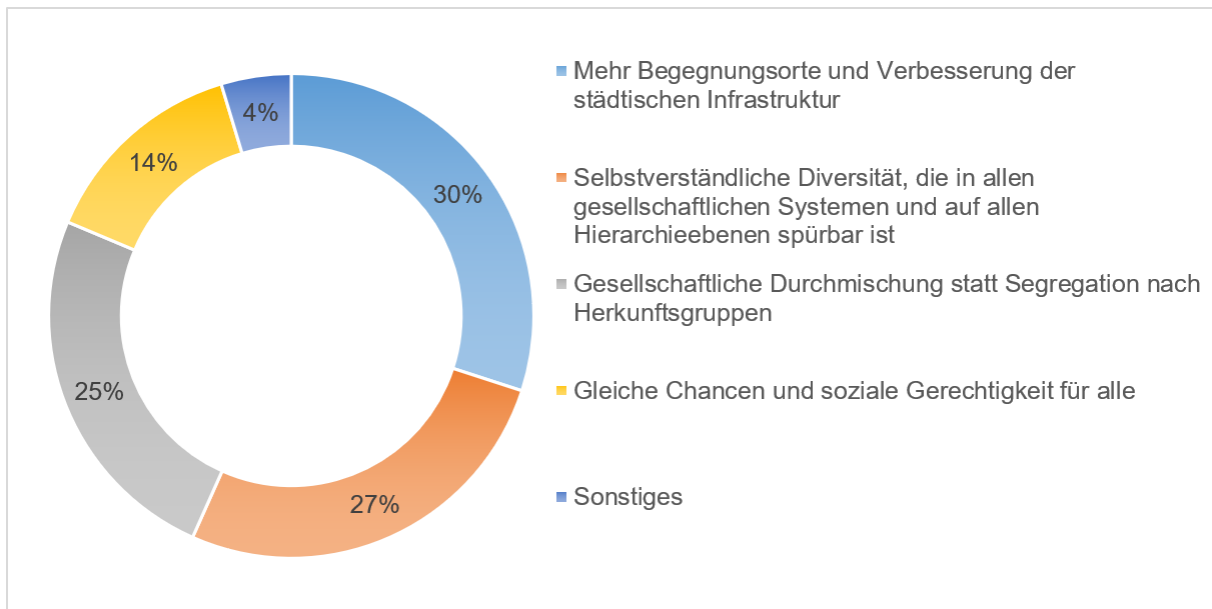


Abbildung 5. Wie stellen Sie sich Hannover in Zukunft vor? Bitte geben Sie ein paar Beispiele.
(Anzahl der Nennungen = 150)

¹ Zum Zeitpunkt der Befragung war der Entwurf des LIP-Strategiepapiers noch nicht fertiggestellt und der Öffentlichkeit nicht bekannt.

Danach gefragt, was sie in der Stadt verändern würden, wenn sie die Entscheidungsmacht hätten, antworteten die Befragten, dass sie für eine Aufwertung der Stadtteile und für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen wollten (Abb. 6). Eine Modernisierung der Verwaltung stellt für einen Teil der Befragten einen weiteren Schwerpunkt dar.

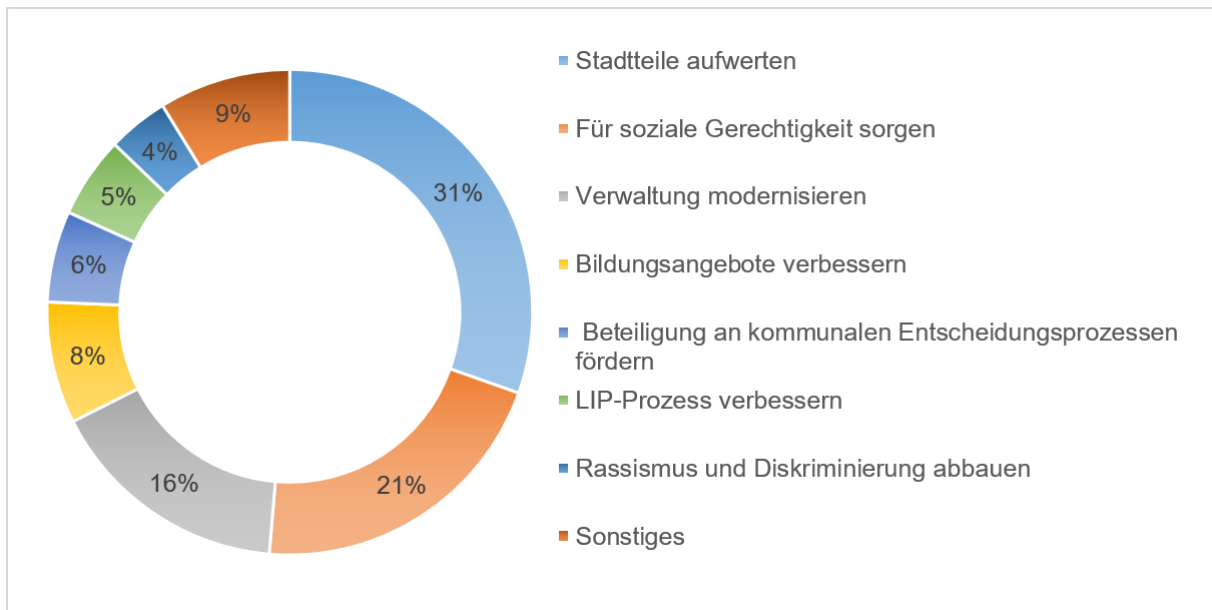


Abbildung 6. Wenn Sie die Entscheidungsmacht hätten, was würden Sie in der Stadt verändern? (Anzahl der Nennungen = 148)

Auf die Frage, was sie selber in ihrem eigenen Umfeld verändern würden, um zur Verwirklichung ihrer Visionen beizutragen, antworteten zwei Drittel der Befragten, dass sie sich für die Verbesserung des Zusammenlebens in ihrem Stadtteil einsetzen wollten (Abb. 7). Allerdings zeigt ein genauerer Blick auf die Antworten, dass sich diese auf Forderungen an die Stadtverwaltung und nicht auf die gestellte Frage nach eigenem Engagement beziehen.

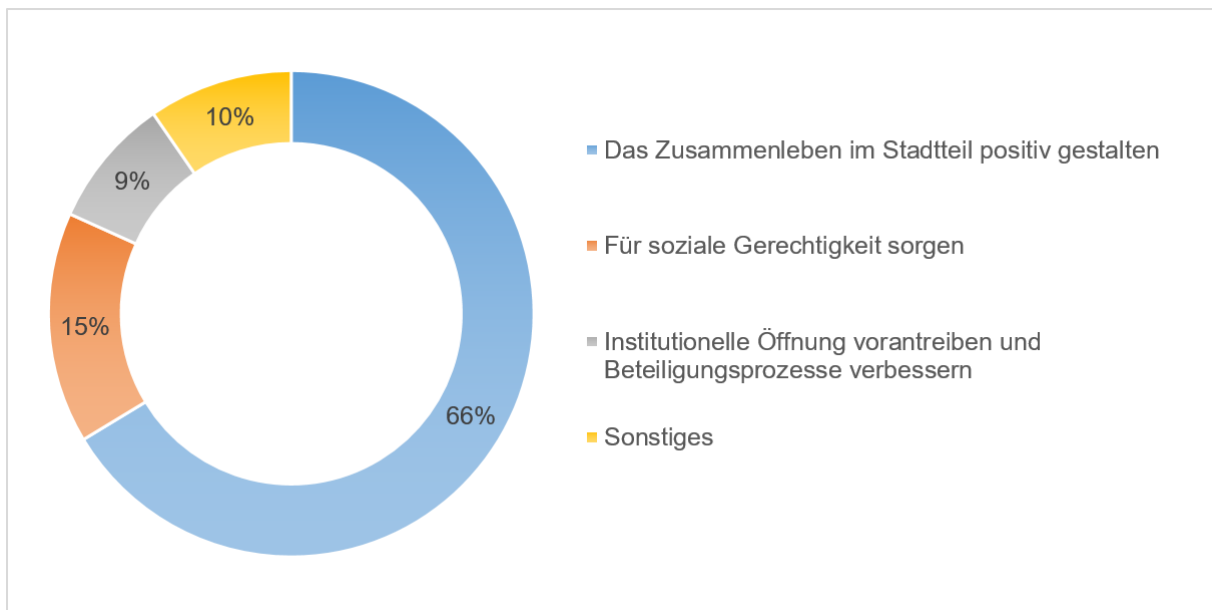


Abbildung 7. Was würden Sie in Ihrem eigenen Umfeld verändern? Welche Voraussetzungen sind Ihrer Meinung nach notwendig für ein gelungenes Engagement? (Anzahl der Nennungen = 104)

Auf die Frage, wie gesellschaftliche Akteure wie Initiativen, Vereine und Stadtverwaltung zur Verwirklichung der formulierten Visionen beitragen können, sprach sich fast ein Drittel der Befragten für eine partizipative Gestaltung der Prozesse, sodass diese im wechselseitigen Dialog mit der Öffentlichkeit entwickelt werden (Abb. 8). Die stärkere Vernetzung der Akteur*innen untereinander sowie ihre ausreichende Ausstattung mit Ressourcen wurden ebenfalls als wichtige Aspekte der erfolgreichen Maßnahmenentwicklung markiert.

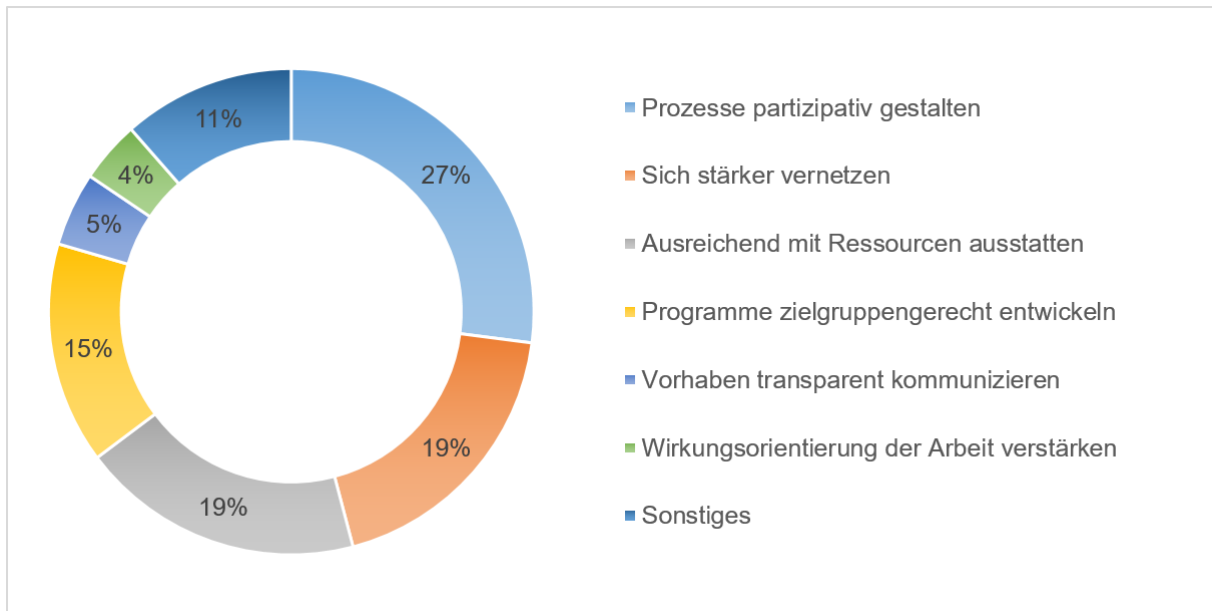


Abbildung 8. Wie können verschiedene gesellschaftliche Akteure (Initiativen, Vereine, Stadtverwaltung etc.) die Verwirklichung dieser Vision(en) vorantreiben?

(Anzahl der Nennungen = 122)

4. Zusammenfassung / Handlungsempfehlungen an die Politik

Es muss noch einmal betont werden, dass die vorliegende Befragung keinen Anspruch auf Repräsentativität der Antworten für die gesamte Stadtbevölkerung Hannovers erhebt. Sie wurde als ein Beteiligungsinstrument im Rahmen der LIP-Überarbeitung eingesetzt und liefert Einblick in der Wahrnehmung der Befragten über aktuelle Lebensbedingungen und gesellschaftliche Entwicklungen in Hannover, gewünschte Themenschwerpunkte im neuen Lokalen Integrationsplan und Zukunftsvisionen für die Einwanderungsstadt.

Eine Stärke dieser Art von Befragungen ist die effiziente und kostengünstige Umsetzung sowie die Reichweite, die online potenziell erzielt werden kann. Für Nutzer*innen sind Online-Umfragen flexibel zeit- und ortunabhängig im eigenen Tempo durchzuführen. Die nur eingeschränkt oder gar nicht zu gewährleistende Repräsentativität zählt eindeutig zu den Schwächen von Online-Umfragen, die insbesondere wegen der möglichen Antwortverzerrungen, die aufgrund der Selbstselektion der Teilnehmenden entstehen. Zudem verleitet die anonyme Ausfüllsituation die Teilnehmende nicht selten zu nicht ernst gemeinten Antworten. Außerdem ist es möglich, dass ganze Bevölkerungsgruppen ohne Absicht von einer Teilnahme ausgeschlossen werden, weil nicht alle mit einem privaten Computer und Internetanschluss ausgestattet sind oder ihre Meinung in der deutschen Sprache kompetent vertreten können. Letzteres wurde von der vorliegenden Umfrage adressiert, indem sieben zusätzliche Sprachversionen angeboten wurden. Die Möglichkeit, die Umfrage auf einer anderen Sprache durchzuführen, wurde tatsächlich jedoch lediglich von drei Personen genutzt, die entweder auf Englisch oder auf Russisch geantwortet haben. Dies ist ein mögliches Indiz dafür, dass

bestimmte Zielgruppen insbesondere die Zielgruppe der Neueingewanderten ohne ausreichende deutsche Sprachkenntnisse möglicherweise nicht erreicht wurden. Für zukünftige Befragungen heißt das, dass genauer geprüft werden muss, ob der Einsatz so vieler zusätzlicher Sprachversionen wirklich effektiv sind oder ob sich andere Möglichkeiten anbieten, das Feld zu erschließen und bisher nicht angesprochene Zielgruppen zu erreichen.

Zusammenfassend lassen sich aus der Umfrage interessante Einblicke in das Meinungsbild der befragten Hannoveraner*innen gewinnen sowie einige Impulse für die Maßnahmenentwicklung im LIP 2.0 ableiten.

Im ersten Fragenblock wird eine klare Trennung deutlich zwischen den wahrgenommenen Stärken der Stadt wie die Diversität ihrer Bevölkerung, die gegenseitige Toleranz und Hilfsbereitschaft auf der einen Seite und der als Bedrohung empfundenen vertieften gesellschaftlichen Spaltung auf der anderen Seite. Bezüglich der Ursachen dieser Spaltung sind sich die Befragten nicht einig. Ein Teil von ihnen sieht die Ursachen in sozio-ökonomischen Faktoren und einer ungleichen Verteilung von Ressourcen. Im Laufe des ersten Lockdowns aufgrund der COVID-19-Pandemie sowie der „Black Lives Matter“-Bewegung – zwei gesellschaftlichen Ereignisse, die kurz oder während vor der Durchführung dieser Umfrage stattgefunden haben – verstärkte sich laut diesen Befragten die gesellschaftliche Segregation. Ein anderer Teil der Befragten begründete die gesellschaftliche Spaltung mit einer wachsenden Unsicherheit und Skepsis gegenüber der in den letzten Jahren angestiegenen Einwanderung in die Stadt und der damit einhergehenden Diversität der Bevölkerung. Auch bezüglich der möglichen Folgen einer gesellschaftlichen Spaltung herrscht keine Einigkeit zwischen den Befragten. Einerseits wird argumentiert, dass sich die Menschen infolge der empfundenen Unsicherheit voneinander abschotteten und distanzierten – also sich die Spaltungstendenzen vertiefen würden –, während ein anderer Teil denkt, dass die Gesellschaft gerade im Zuge der Überwindung einer Krise wie der aktuellen Pandemie näher zusammenrücke und solidarischer agiere. Diese beiden Perspektiven auf die Stadtgesellschaft auf einem gemeinsamen Nenner zu bringen wird nicht nur für den LIP 2.0 eine Herausforderung darstellen.

Im zweiten Fragenblock trugen die Befragten die aus ihrer Sicht wichtigsten Themenfelder zusammen, die im LIP 2.0 angegangen werden müssen. Die einleitende allgemeine Frage bezog sich auf wichtige Aufgaben, die aus den im ersten Fragenblock beschriebenen gesellschaftlichen Entwicklungen resultieren. Darauf antwortete die Mehrheit der Befragten, dass der Fokus der Bemühungen im LIP 2.0 bei der Förderung des Stadtlebens, der Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus sowie der Gestaltung von inklusiven Bildungsangeboten und Eröffnung von Arbeitsperspektiven für Menschen mit internationaler Biografie gelegt werden sollte.² Diese allgemeinen Schwerpunkte ziehen sich wie ein roter Faden durch die Antworten und finden sich auch bei den nachfolgenden Fragen wieder, bei denen konkrete Beispiele für jedes LIP-Handlungsfeld gegeben werden sollten.

So sind zum Beispiel im Handlungsfeld „Bildung“ die Entwicklung von zusätzlichen Unterstützungsangeboten für Schuler*innen mit internationaler Biografie und Maßnahmen zur Förderung des Spracherwerbs in der deutschen Sprache zwei der am häufigsten genannten Aufgabenbereiche, die möglicherweise zur Verringerung der Unterschiede im Kompetenzerwerb, bedingt durch familiären Verhältnisse oder eine Migrationsgeschichte, beitragen. In diesem Handlungsfeld wird von den Befragten auch ein stärkerer Fokus auf außerschulische Angebote zur politischen Bildung im LIP 2.0 gewünscht.

² Diese Aufzählung bezieht sich auf die drei am häufigsten genannten Antwortkategorien zu der gestellten Frage.

Im Handlungsfeld „Wirtschaft“ könnte man als Schnittpunkt der meisten Aussagen die Aspekte Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung sowie Existenzgründung ziehen. Jugendliche und Erwachsene, die eine Ausbildung anstreben, sollten nach Meinung der Befragten darauf besser vorbereitet und währenddessen stärker begleitet werden. So könne sichergestellt werden, dass sie den Einstieg in die Ausbildung, aber auch den qualifizierten Ausbildungsabschluss erfolgreich meisterten. Die Praxis mancher Ausbildungsanbieter*innen zeigt hierzu Möglichkeiten auf wie dies gelingen kann – beispielsweise durch kurze Betriebspraktika zur Berufsorientierung oder eine Flexibilisierung der Ausbildung, bei der schon nach dem ersten Ausbildungsjahr eine erste qualifizierende Prüfung abgelegt werden kann, die beispielsweise zu einer Assistenz Tätigkeit im angestrebten Beruf befähigt.

Im Handlungsfeld „Soziales“ wünschten die Befragten mehr Maßnahmen, die das Zusammenleben im Stadtteil fördern. Darunter sind sowohl Maßnahmen zu verstehen, die auf den Auf- und Ausbau einer Infrastruktur ausgerichtet sind, in der sich das Stadtleben abspielt, als auch solche, die auf die aktive Gestaltung von Programmen und Veranstaltungen für die verschiedenen Stadteinswohner*innen wie Familien, Jugendliche, Frauen und Senioren abzielen. Nur unter Berücksichtigung beider Aspekte könne das Stadtleben positiv beeinflusst werden. In diesem Handlungsfeld spielt zudem die Absicherung von Menschen, die von Obdachlosigkeit oder generell von Armut bedroht sind, eine erhebliche Rolle.

Auch im Handlungsfeld „Stadtleben und Kultur“ legten die Befragten den Fokus auf eine Förderung der Stadtkultur. Wie oben benannt beziehen sich die Vorschläge in diesem Bereich sowohl auf Verbesserungen im Programm als auch der Infrastruktur. So wünschten sich die Befragten zum einen mehr Veranstaltungen und niederschwellige Angebote im Stadtteil und zum anderen mehr Räumlichkeiten und Orte für Kulturschaffende. Ein weiterer Bedarf besteht den Ergebnissen nach darin, dass kulturelle Angebote für alle Einwohner*innen ansprechend und zugänglich sein sollen.

Im Handlungsfeld „Demokratie“ wurde vorwiegend die Möglichkeit zur Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen für die Einwohner*innen angesprochen. In diesem Zusammenhang wünschen sich viele Befragten eine häufigere Durchführung von öffentlichen Debatten sowie die Initiierung von Bürgerforen, bei denen die Stadtgesellschaft bei wichtigen Entscheidungen konsultiert werden sollte. Die Ausweitung des kommunalen Wahlrechts auf alle Einwohner*innen wurde ebenfalls von den Befragten als Ausdruck der Möglichkeit zur politischen Teilhabe häufig genannt. Nicht zuletzt wünschten sich die Befragten mehr Angebote der Demokratiebildung.

Im Handlungsfeld „Stadtverwaltung und interkulturelle Öffnung“ lag der Schwerpunkt der Antworten auf die Modernisierung der Verwaltung. Unter dieser Kategorie wurden verschiedene Vorschläge zusammengefasst, die sich eher auf eine allgemeine Umstrukturierung als auf spezifische Bedarfe in Bezug auf migrationsbedingte Vielfalt ergaben. So äußerten die Befragten vor allem den Wunsch, dass die Verwaltung ihre Dienstleistungsqualität und die Kommunikation mit der Öffentlichkeit, sei es über die offiziellen Medienkanäle der Stadt oder in eins zu eins Beratungssituationen mit Kund*innen, verbessert. In Bezug auf die interkulturelle Öffnung der Verwaltung forderten die Befragten, dass die vorhandene migrationsbedingte Vielfalt in der Stadt besser auch in den Verwaltungsstrukturen abgebildet wird, das heißt, dass die Stadt mehr Personen mit internationaler Biografie einstellen und zu höheren Positionen befördern sollte.

Fast alle benannten Themenvorschläge werden in den Handlungsfeldern der LIP-Strategie behandelt. Nur drei Themen, die in der Umfrage neu aufgetaucht sind, nämlich die Themen Umwelt, Mobilität und Digitalisierung fanden bisher keinen Einzug in die LIP-Strategie. Die Relevanz dieser drei Themen im Kontext einer Migrationspolitik der Landeshauptstadt Hannover wäre noch weiter zu verhandeln.

Im dritten und letzten inhaltlichen Fragenblock konnten die Teilnehmenden ihre Visionen für die Zukunft der Stadt formulieren und schildern, wie diese Visionen durch das Engagement jedes Einzelnen oder von gesellschaftlichen Akteuren verwirklicht werden können. Insgesamt korrespondieren die Antworten auf die hier gestellten Fragen mit Angaben aus den ersten zwei Fragenblöcken. Die formulierten Visionen für die Zukunft umfassten beispielsweise eine Stadt, in der die Diversität der Bevölkerung eine überall sichtbare Selbstverständlichkeit ist und in der die Menschen in den Nachbarschaften sich begegnen, austauschen und gegenseitig unterstützen können. Hier sieht man deutliche Parallelen zu den Antworten auf die Frage, was Hannover insbesondere ausmacht, nämlich – so die Befragten – die Diversität, Toleranz und Hilfsbereitschaft ihrer Einwohner*innen. Daraus lässt sich schließen, dass die städtische Realität, so wie sie wahrgenommen wird, auch in der Zukunft weiter gefestigt werden sollte. Oder anders ausgedrückt, dass wir uns auf dem richtigen Weg befinden.

Die Antworten auf die nächsten zwei Fragen in diesem Fragenblock ähneln sich stark. Die Befragten nannten Themen, die sie in der Stadt beziehungsweise in ihrem eigenen Umfeld angehen und verbessern wollen würden. Am häufigsten wurden die Aufwertung der Stadtteile und die Verbesserung des Zusammenlebens in diesen genannt. Die konkreten Beispiele bezogen sich auf die Verbesserung des Stadtbilds durch Müllbeseitigung, Begrünung und bessere Nutzung des öffentlichen Raums sowie den Aufbau stadtteilbezogener Strukturen, die den Dialog zwischen den Einwohner*innen durch ansprechende kulturelle Angebote fördern. Wichtig für die Befragten schien auch die Förderung der sozialen Gerechtigkeit zu sein, die am zweithäufigsten genannte Antwortkategorie zu diesen Fragen. Konkret bezogen sich die Antworten auf eine Verbesserung der Bildungsangebote und der sozialen Sicherheit, sodass jede*r eine Arbeit sowie bezahlbaren Wohnraum haben könne.

Als Letztes wurde in diesem Fragenblock gefragt, wie gesellschaftliche Akteure zur Umsetzung der formulierten Zukunftsvisionen besser beitragen können. Hierzu antworteten die Befragten, dass Entscheidungsprozesse mit Auswirkung auf das Stadtleben unter stärkerer öffentlicher Beteiligung stattfinden sollten. Weiterhin wäre es aus ihrer Sicht wichtig, dass sich die Akteur*innen untereinander besser vernetzen und ausreichend mit finanziellen, personellen, zeitlichen und räumlichen Ressourcen ausgestattet werden.

5. Anhang

Tabelle 9: Weitere Aspekte, die keinem der sechs LIP-Handlungsfelder zugeordnet werden können
(Anzahl der Nennungen = 69)

Nr.	Welche weiteren Aspekte, die keinem der oben genannten Handlungsfelder zugeordnet werden können, sollten unbedingt im LIP 2.0 noch behandelt werden?	Anzahl	Anteil in %	Thema wird im Strategiepapier behandelt?
1	Querschnittsthemen	13	19 %	
	<i>Kinder und Jugendliche als Querschnittsthema</i>	2		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Verteilungsgerechtigkeit</i>	1		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Gender- und Diversity Aspekte</i>	1		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Überwindung von strukturellem und institutionellem Rassismus</i>	4		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Sensibilisierung zum Umgang mit migrationsbedingter Heterogenität</i>	4		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Aufklärung über Rechtspopulismus</i>	1		<input checked="" type="checkbox"/>
2	Handlungsfelder	36	52 %	
	<i>Sprache und Mehrsprachigkeit (Bildung)</i>	2		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Gerechter Zugang zu Ausbildungsstellen, Studiengängen, Berufen (Bildung)</i>	1		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Beschäftigungsförderung (Wirtschaft)</i>	1		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Veranstaltungen zur Stärkung des interkulturellen Austausches (Stadtleben und Kultur)</i>	3		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Interreligiöser Dialog (Stadtleben und Kultur)</i>	2		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Sicherheit im öffentlichen Raum (Demokratie)</i>	3		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Verbesserung der städtischen Infrastruktur & Lebensqualität (Soziales)</i>	5		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>mehr niederschwellige Angebote im Stadtteil für Migrant*innen inkl. psychologische Beratung (Soziales)</i>	2		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Gesundheit (Soziales)</i>	1		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Maßnahmen für Geflüchtete (Soziales)</i>	3		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Maßnahmen für Papierlose (Soziales)</i>	1		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Verbesserung der Servicequalität (Stadtverwaltung und IKÖ)</i>	4		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Interkulturelle Öffnung (Stadtverwaltung und IKÖ)</i>	2		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Umwelt</i>	3		
	<i>Mobilität</i>	1		
	<i>Digitalisierung</i>	2		
3	Vorschläge für den LIP-Prozess	12	17 %	
	<i>Systemisch denken</i>	2		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>paritätische Teambesetzung</i>	1		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Beteiligung der breiten Öffentlichkeit inklusive migrantischer Communities</i>	6		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Bei der Formulierung von Maßnahmen das Prinzip des Förderns und Forderns anwenden</i>	2		
	<i>Möglichkeit, Vorhaben im Prozess zu ändern</i>	1		<input checked="" type="checkbox"/>

Nr.	Welche weiteren Aspekte, die keinem der oben genannten Handlungsfelder zugeordnet werden können, sollten unbedingt im LIP 2.0 noch behandelt werden?	Anzahl	Anteil in %	Thema wird im Strategiepapier behandelt?
4	Sonstiges	8	12 %	